



SOLIDARITÄT MIT DEN UNTERDRÜCKTEN IN DER TÜRKEI

DEMONSTRATION MIT KUNDGEBUNG | 14.10. | 17 UHR | RATHAUSPLATZ

Zwei wichtige Klarstellungen vorweg:

1. Die Unterstützer_innen dieses Aufrufes verurteilen den Militärputsch, der am 15. Juli in der Türkei stattgefunden hat
2. Dieser Aufruf richtet sich nicht gegen Türkeistämmige im Allgemeinen – viele der Unterstützer_innen des Aufrufs sind selbst türkeistämmig -, sondern gegen das Handeln der AKP-Regierung unter Erdogan und gegen jene Anhänger_innen, die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei begehen, demokratische Strukturen aushöhlen und auch in Deutschland Druck auf Andersdenkende ausüben.

Selbst während eines Ausnahmezustandes müssen in einem Staat, der sich selbst als Demokratie bezeichnet, rechtsstaatliche Prinzipien aufrechterhalten werden. Dies ist in der Türkei aktuell nicht der Fall. Bis heute liegen keine Beweise vor, dass tatsächlich die beschuldigte Gülen-Bewegung hinter dem Putschversuch steckt. Trotzdem tausende aus den Bereichen Militär, Polizei, Justiz, Behörden, Universitäten und Medien entlassen und inhaftiert. Sogar Parlamentsabgeordnete und Bürgermeister_innen wurden ihrer Ämter enthoben und verhaftet, Wohnviertel wurden beschossen, Häuser geräumt und deren Bewohner_innen vertrieben.

Es ist bekannt, dass diese „Schwarzen Listen“, mit den Namen der zu verhaftenden Oppositionellen, schon seit Län-

gerem existieren. Der Putschversuch scheint nun die passende Gelegenheit geboten zu haben, um eine weitere Gruppe von regierungskritischen Aktivist_innen zu beseitigen.¹ Auch, wenn die islamisch-dogmatische Gülen-Bewegung inhaltlich abzulehnen ist, ist es scharf zu verurteilen, dass ihre Mitglieder von der Regierung unter Generalverdacht gestellt werden. Eine unterstellte politische Position darf in einer gerechten Gesellschaft kein Grund zur Strafverfolgung sein.²

Durch eine weitere Schwächung der Gewaltenteilung in der Türkei wurden die Rechte von allen Andersdenkenden in der Türkei noch stärker eingeschränkt. Unabhängig von der eigentlichen Schuldfrage gab es von der AKP-Anhängerschaft nach dem Putschversuch brutale Einschüchterungsversuche gegen alle oppositionellen Gruppen wie etwa Kurd_innen und Alevit_innen. Doch die Vorgehensweise ist nicht neu. Kurd_innen, Alevit_innen und Oppositionelle werden in der Türkei schon seit Langem systematisch unterdrückt. Auch während der Armenienresolution des

¹ <http://www.welt.de/politik/ausland/article157385272/Erdogan-sieht-Westen-an-der-Seite-der-Verschworerer.html> (zuletzt aufgerufen: 23.07.2016)

² http://action.amnesty.de/l/ger/p/dia/action3/common/public/?action_KEY=10364&d=1 (zuletzt aufgerufen: 23.08.2016)

Bundestags wurden Drohungen gegen die türkeistämmigen Bundestagsabgeordnete_innen ausgesprochen, um diese zu beeinflussen.

Auch die von der AKP-Regierung geforderte Todesstrafe ist mit der demokratischen Grundidee nicht vereinbar, selbst wenn einige Menschen aus der Bevölkerung sich diese wünschen. Eine humanistische, demokratische Gesellschaft kann mit Racheakten an unseren Mitmenschen nicht funktionieren. Sie braucht eine echte Gewaltenteilung, Meinungs- und Pressefreiheit sowie das Recht auf eine eigene Religion – ohne Bevormundung und menschenfeindliche Weltanschauungen!

Wir fordern die Bundesregierung dazu auf...

- 1 ... die Waffenlieferungen an die Türkei zu stoppen und die Bundeswehr sofort abzuziehen.
- 2 ... die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei in die EU einzufrieren, bis die Grundrechte in der Türkei garantiert werden.
- 3 ... sich in der EU für die Aufhebung des unmenschlichen Flüchtlingsdeals mit der Türkei einzusetzen.
- 4 ..., dass sie statt der wirtschaftlichen Interessen die Stärkung der Menschenrechte in der Türkei in den Fokus nimmt.

DAS AKTIONSBÜNDNIS

